

29. März 1996

17

Resolutionsantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Johann Herzog, Dr. Herbert Madejski und Kurth-Bodo Blind betreffend einer Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG).

Die berechtigten Mieterwünsche im Bereich der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen auf Mietensenkung nach Abzahlung der aushaftenden Wohnbaurdarlehen stehen im Mittelpunkt des politischen Interesses.

Bürgermeister Häupl und Stadtrat Faymann haben in zahlreichen Zeitungsmeldungen ihr Bemühen und ihre Zuversicht auf eine Änderung der bundesgesetzlichen Regelungen, also eine Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) geäußert (so am 22.2.1996 und am 2.3.1996).

Leider war diese Absicht von Bürgermeister Häupl und Stadtrat Faymann nicht durchsetzbar, da ein diesbezüglicher Entschließungsantrag "zur Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) zur Absenkung der Genossenschaftsmieten" von den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP im Nationalrat abgelehnt wurde.

Für alle betroffenen Genossenschaftsmieter ist eine rasche Klärung und die Schaffung einer verbindlichen Rechtsgrundlage zur Erreichung dieses Zweckes unabdingbar!

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

Resolutionsantrag:

Der Wiener Landtag möge:

3437/LAT/96

Die Bundesregierung und der Nationalrat werden aufgefordert, für eine ~~Novellierung des~~ Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) dahingehend Sorge zu tragen, daß nach vollständiger Tilgung von Krediten und Darlehen der Errichtungskosten durch die betroffenen Genossenschaftsmieter die Mieten auf einen Erhaltungsbeitrag in der Höhe des aktuellen Kat. a-Zinses, das sind zur Zeit S 32,80/m² abgesenkt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Handwritten signatures: Johann Herzog, Kurth-Bodo Blind, Madejski, and others.